

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: E. Fontane, Für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, Für den übrigen redakt. Theil: J. Sachsfeld, Verantwortlich für den Anzeratentheil: J. Flugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate

werden angenommen in Posen bei der Expedition in Zeitung, Wilhelmstraße 17, Graf H. Joch, Hoflieferant, Dr. Gerber u. Breiterstr. - Ecke, Otto Fickler, in Firma J. Hermann, Wilhelmshof 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Jakob Hoff, Hasenstein & Pöglar A.-G., G. J. Paule & Co., Invalidenten.

Nr. 601

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preußen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 29. August.

Inserate, die höchstspäteste Zeitstelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an besondrer Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1891

Politische Uebersicht.

Posen, 29. August.

Gegen den Grafen Moltke polemisiert Fürst Bismarck in einem Artikel in der Münchener „Allg. Ztg.“ aus Anlaß des Moltke'schen Buches über den deutsch-französischen Krieg. In diesem Buche heißt es u. A., wie wir bereits mitgeteilt haben, daß der Krieg von 1866 nicht aus Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen sei. Gegen diese Behauptung zitiert Fürst Bismarck die königliche Proklamation vom 18. Juni 1866 „An mein Volk“, in der es heißt: „Wir müssen fechten um unsere Existenz, müssen in den Kampf auf Leben und Tod gegen diejenigen, die das Preußen des Großen Kurfürsten, des Großen Friedrich u. s. w. Ebenso führt Fürst Bismarck gegen den Grafen Moltke das Geschichtswerk des preussischen Generalstabs über den Krieg von 1866 an, in welchem es auf Seite 2 heißt, in Deutschland sei nicht Raum für beide gewesen, der eine oder der andere mußte weichen. Oesterreich zwar hatte eine außerdeutsche Existenz, Preußen hingegen konnte seine Stellung nicht aufgeben, ohne sich selbst zu vernichten. — In Wahrheit liegt zwischen diesen Sätzen und der Behauptung des Grafen Moltke ein innerer Widerspruch garricht vor, denn die Sätze besagen lebendig, daß der Krieg entscheiden werde über die Existenz Preußens, aber nicht, daß er der Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen sei.

Weiter polemisiert Fürst Bismarck gegen die Erklärung Moltke's, daß es niemals einen Kriegsrath gegeben habe. Fürst Bismarck führt gegenüber Moltke die in der „Deutschen Revue“ veröffentlichten Briefe des Kriegsministers v. Moos ins Treffen, wonach der „Generalvortrag“ in Versailles mitunter zu sehr lebhaften Erörterungen geführt habe, die den Gesundheitszustand des Kriegsministers schwer erschütterten hätten! Fürst Bismarck meint, es sei gleichgültig, wie man eine Versammlung von Generalen, die täglich unter Vorsitz des Königs zusammenträfen, technisch benenne. Dieselbe habe im Kriege von 1866 anfangs ziemlich regelmäßig, später in größeren Abständen stattgefunden. Fürst Bismarck behauptet alsdann die Gelegenheit, um sein militärisches Licht leuchten zu lassen. Er erzählt, wie im Kriege von 1866 in einem dieser Vorträge der Angriff auf Floridsdorf beschlossen worden sei unter Herbeiziehung der Belagerungsartillerie von Magdeburg. Die Generale bemäßen den Zeitraum, den die Sache in Anspruch nehmen würde, auf 14 Tage. Bismarck habe opponirt, da die bereits begonnene Einmischung Frankreichs solchen Zeitaufwand nicht mehr gestattet habe. Als die Generale auf ihrer Ansicht beharrten, habe Bismarck darauf aufmerksam gemacht, daß mit einer Viertelstundung eines Theils der Armee die Bewegung auf Preßburg gemacht und die Donau dort mit ungleich leichter Mühe überschritten werden könne. Der König habe sich zu Gunsten dieses Vorschlags ausgesprochen, der dann allerdings zu langsam und zu spät ausgeführt worden sei. Dieser Vorgang habe vermuthlich die Generale bei Beginn des Krieges von 1870 veranlaßt, Vorkerkungen gegen eine derartige Einmischung Bismarck's zu treffen. Fürst Bismarck erzählt alsdann, wie er, als das große Hauptquartier 1870 Berlin verließ, in seinem Kupon unfreiwilliger Zeugnisse eines im Nebentempel mit lauter Stimme geführten Gesprächs gewesen sei, in welchem namentlich General v. Bobiel'sky hervorgehoben habe, diesmal sei dafür gesorgt, daß Fürst Bismarck sich um die militärischen Dinge nicht zu kümmern haben werde. Später sei es namentlich in Versailles zu starken Fraktionen gekommen. Als die Generale in einem Falle erfahren hätten, Bismarck solle den Vorträgen beiwohnen, hätten sie die größten Schwierigkeiten erhoben. Damals habe der hochselige Kaiser gesagt, er könne es den Generalen nicht verdenken, wenn sie Bismarck nicht haben wollten, denn in den wenigen Fällen, in welchen er ihn in militärischen Dingen um seinen Rath gefragt, habe er stets „den Nagel auf den Kopf getroffen.“ Fürst Bismarck glottet alsdann ironisch die Rolle, welche Moltke dem Kriegsminister im Felde habe zuweisen wollen. Er meint weiter, eine Einflußnahme des Ministers des Auswärtigen in den europäischen Kriegen sei nicht zu vermeiden und namentlich dann gerechtfertigt, wenn dieser Minister Bismarck sei! Bescheidenheit ist bekanntlich nie eine Schwäche des Fürsten Bismarck gewesen. Zum Schluß wirft Fürst Bismarck dem Grafen Moltke vor, daß er in den Jahren 1866 und 1870 übersehen habe, Belagerungsartillerie in hinreichender Stärke mobil zu machen und dem Heere rechtzeitig folgen zu lassen.

Der ganze Artikel ist, bemerkt die „Frei. Ztg.“, nichts als eine Selbstweiherrückung des Fürsten Bismarck auf Kosten des Andenkens des verstorbenen Grafen Moltke. An Gehässigkeiten besonders gegen den Letzteren übersteigt der Artikel alles, was in den letzten Jahren aus der Feder des Fürsten Bismarck geflossen ist. Der Zweck der Selbstverherrlichung wird dadurch gerade in sein Gegenteil verkehrt. — Niemals ist uns Fürst Bismarck kleinlicher erschienen, als angeht dieser Versuch, die heroische Größe des Grafen Moltke herabzusetzen, der es im Gegensatz zum Fürsten Bismarck allerdings verstanden hat, seine Würde bis zu seinem Tode zu bewahren.

Wenn der „Berl. Act.“, wie wir in unserer Freitag's-Nummer berichteten, die Nachrichten über neuerliche Vorschläge des Ministers Thielen für die Reform der Personentaxen als lediglich aller Grundlage entbehrend und nur auf

Vermuthungen beruhend bezeichnet, so ist er diesmal, wie die „Pos. Ztg.“ aus bester Quelle mittheilen kann, doch nicht vollständig unterrichtet gewesen. Richtig ist nur, daß der Minister noch keinerlei Entscheidungen getroffen hat. Dagegen haben die Eisenbahn-Direktionen schon unterm 1. August Anweisung bekommen, Einnahme-Ausfallberechnungen auf der Grundlage des wirklichen Verkehrs des laufenden Monats anzustellen, welche ein Tarif für Personenzüge von 6 Pf. 1. Kl., 4 Pf. 2. Klasse, 2 Pf. 3. Klasse, ein Tarif für Schnellzüge von diesen Sätzen mit einem Zuschlag von 30—70 Pf. für Entfernungen bis 70 Kilometer und von 100 Pf. für alle Entfernungen über 70 Kilometer und ein Gepäcktarif unter Wegfall des Freigepäckes von 50 Pf. für 1—20 Kilogr., 100 Pf. für 21—40 Kilo, 150 Pf. für 41—60 Kilo, 200 Pf. für 61—80 Kilo für je angefangene 100 Kilometer nach sich ziehen würde.

Durch die Presse ging die Nachricht, daß der Regierungspräsident in Breslau die dortigen Wollwaaren-Fabrikanten durch die Handelskammer hätte auffordern lassen, zur Milderung der Noth der Weber im Culengebirge, solchen Beschäftigung zuzuweisen. Wie der „Textilzeitung“ nunmehr aus Breslau geschrieben wird, hat diese Nachricht in Fachkreisen allgemeine Verwunderung erregt, umso mehr, da in Breslau selbst überhaupt keine Woll- und Wirkwaaren-Industrie besteht. Die dortigen vier bis fünf Strumpfwaaaren-Fabrikanten lassen ihre Strümpfe fast ohne Ausnahme in Strafanstalten und Gefängnissen arbeiten. Außer in Piegwitz und einigen Orten Oberschlesiens kommt die Fabrikation von wollenen Phantasiestücken überhaupt nicht in Betracht. Außerdem möge noch bemerkt werden, daß die Weber des Culengebirges vorläufig auf die Wirkerei gar nicht eingerichtet sind.

Ueber 60 000 Tonnen Roggen sind nach einer Warschauer Meldung der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 11. bis 26. August aus dem Königreich Polen nach Preußen vermittelt der Bahn abgeladen worden. Demselben Blatt wird von der russischen Grenze unter dem 27. August noch geschrieben:

In den Tagen vom 20. August bis heute war auf den fahrbaren Straßen ein solcher Verkehr in Folge der Ausfuhr russischen Roggens, wie er bis jetzt noch nicht dagewesen ist. Auf der Straße von Kalisch nach Nitrowo z. B. bildeten die ab- und auffahrenden Getreidewagen eine ununterbrochene Kette, und bei den Grenz Zollämtern entstanden zeitweise Stodungen, welche nur mit vieler Mühe überwältigt werden konnten. In Kalisch lagern auf dem Markt und in den angrenzenden Straßen die Säcke mit Roggen hoch aufgethürmt übereinander, und der Bahnhof in Nitrowo gleich einem offenen Proviandmagazin. Heute in der 10. Abendstunde belebten Hunderte von leeren aus Nitrowo zurückkehrenden Wagen, darunter viele vierspännige, die sonst um diese Zeit verlassene Chaussee. Die russische Zollkammer hatte für diesen Fall ausnahmsweise an der Rogalka (Kette bei Salmierzyc) die Einfuhr der leeren Wagen bis Mitternacht gestattet.

Seinerzeit haben wir berichtet, daß die russische Regierung die Absicht hege, die Verbannung nach Sibirien abzuschaffen und das administrative Verschickungssystem zu reorganisiren. Zu diesem Zwecke wurde damals eine Kommission eingesetzt, welche mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Projekts betraut war. Nunmehr meldet die „Now. Wremja“, die russische Regierung habe diesen Reformplan aufgegeben. Die Arbeiten der Kommission wurden vom Ministerkomite zurückgewiesen, und es bleibt bei Sibirien. Dafür aber sorgt die russische Regierung für die Verpflanzung der russischen Sprache nach anderen slawischen Ländern. Wie nämlich der „Grafhdanin“ meldet, wird mit Beginn des Schuljahres die russische Sprache in allen Lehranstalten Montenegro's obligatorisch eingeführt.

Balmaceda hat durch seinen Sekretär M. Freire folgende Siegesnachricht in die Welt geschickt:

„Die Regierungstruppen haben über die Rebellen, welche zwischen zwei Feuer genommen wurden, einen vollständigen Sieg errungen. Die gesammte Insurgenten-Armee, welche nicht mehr entkommen und sich auch nicht mehr einschiffen konnte, hat sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Weitere Details folgen.“

Man wird gut thun, eine Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten, ehe man Schlüsse aus derselben zieht. Die europäischen Vertreter der Kongresspartei erklären die Siegesdepeschen Balmacedas für falsch. Balmaceda verfügt in Valparaiso über den Telegraphen und kann nach Belieben klabern, was er für gut hält. Die Kongressisten müssen dagegen ihre Meldungen durch ein Schiff nach Squique schicken, von wo sie erst abtelegraphirt werden können. So kommt es, daß die Vertreter der Kongresspartei in den europäischen Hauptstädten erst jetzt die Meldung erhalten haben, daß die Kongressisten die Armee Balmacedas am 22. d. bei Concon völlig geschlagen haben. Daß übrigens die Siegesdepeschen Balmacedas Schwindelnachrichten sind, dafür spricht auch folgendes Telegramm des „Newyork Herald“ aus Valparaiso:

Abermals ein Tag und keine entscheidende Schlacht. Die militärischen Operationen beschränken sich auf lebhaft, aber bedeutungslose Scharmützel. Die Kongressisten haben ihre Stellungen auf den Hügeln oberhalb der Rennbahn von Vina del Mar befestigt.

Dem Pariser Vertreter der chilenischen Kongressregierung wird aus Buenos-Ayres weiter gemeldet, der Oberbefehlshaber der Kongressarmee, General Canto, habe die Höhen von Quilpue und Penablanca besetzt, Balmaceda nehme mit seinem Heere die Gegend von Quillota und Vina del Mar ein. Von der argentinischen Regierung ist die Anwerbung von Mannschaften für die Marine der chilenischen Regierung verboten worden. — Charakteristisch für die Achtung, welcher sich Balmaceda bei den Deutschen in Chile erfreut, ist folgende Zuschrift, welche das „B. T.“ von einem zur Zeit in Deutschland lebenden Großkaufmann erhält:

„Es drängt mich, Ihnen den Ausdruck meiner aufrichtigen Genugthuung zu übermitteln, daß Sie sich der Sache der Kongresspartei in Chile und damit der Interessen Tausender von Europäern so warm annehmen. Nur dann wird das schöne Land Chile bessere Zeiten wiedersehen, wenn der Salunke Balmaceda und seine Sippe nicht am Ruder bleiben. Ich meinerseits habe mein ganzes Besitztum beim Fortgehen von Chile dort gelassen, weil wir die Verhältnisse dort bis dahin für solider hielten als irgendwo anders, und so geht es Tausenden Deutscher. Chile ist ja ein so reiches Land, und wenn die Kongresspartei siegt, so haben wir bald wieder gesunde Zustände.“

Deutschland.

Berlin, 28. August. Es stellt sich als unrichtig heraus, daß der Eisenbahnminister grundsätzlich keine weiteren Tarifreformen beabsichtige, wie sogar offiziöse Organe des Verkehrsministeriums behauptet hatten. Man muß annehmen, daß der Eisenbahnverwaltung daran liegt, die vorbereitete Reform in aller Stille und ohne den Einspruch von irgend welcher Seite der öffentlichen Meinung her ins Werk zu setzen. Auch von der Ermäßigung der Vororttarife im Berliner Lokalverkehr ist beinahe bis zu dem Augenblick, wo der „Reichsanzeiger“ die entsprechende Mittheilung machte, nichts bekannt gewesen. Nunmehr hat Herr Thielen die Eisenbahndirektionen angewiesen, Berechnungen darüber anzustellen, wie groß bei Zugrundelegung des jetzigen Verkehrs der Einnahmeausfall sein würde, wenn für die erste Wagenklasse 6 Pf., für die zweite 4 Pf., für die dritte 2 Pf. pro Kilometer bezahlt würden. Außerdem soll berechnet werden, wie sich die Einnahmen beziffern würden, wenn für Schnellzüge Zuschläge von 30—70 Pf. für Entfernungen bis 70 Kilom. und von 100 Pf. für alle Entfernungen über 70 Kilom. eingeführt würden. Halten wir uns der Einfachheit halber nur an den Tarif für die dritte Wagenklasse, so würde die Ermäßigung gegen den jetzt geltenden Tarif genau die Hälfte ausmachen, nämlich 15 Pf. für die Meile statt der bisherigen 30 Pf. Wir hätten es hiernach mit einer ganz ansehnlichen Reform zu thun, von der noch die Frage ist, ob sie nicht sogar einem Zonentarif vorzuziehen wäre. Die Maybach'schen Tarifvorschläge hatten eine weit geringere Ermäßigung in Aussicht genommen und diese überdies noch zum größten Theile wieder beseitigt, indem für Schnellzüge ein sehr hoher Zuschlag verlangt wurde und die Wohlthat der Retourbillets und Rundreisebillets aufgehoben werden sollte. Wie es Herr Thielen mit diesen Erleichterungen halten will, ist allerdings nicht bekannt. Für jetzt muß man sich damit zufrieden geben, daß die kürzliche Erklärung des Ministers gegen den Zonentarif nicht die Ablehnung anderweiter Reformen in sich schloß. Darüber, daß der Einnahmeausfall, den die Direktionen jetzt festzustellen haben, bei einer Verbilligung der Tarife durch vermehrten Reiseverkehr mehr als gedeckt werden würde, ist Herr Thielen hoffentlich nicht mehr im Zweifel.

Zur Beurtheilung der „Nat.-Ztg.“ wegen groben Unfugs hat der Polizeipräsident von Berlin der „Nat.-Ztg.“ eine Verichtigung zugehen lassen, in welcher er die Behauptung des genannten Blattes für unrichtig erklärt, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage lediglich darum erhoben habe, weil die Berliner politische Polizei es, und zwar ausschließlich gegen die „Nat.-Ztg.“, beantragt habe. Die hierin enthaltene Thatsache sei unrichtig, und ihre Mittheilung durch den Ersten Amtsanwalt beruhe nach dessen amtlicher Auskunft auf einem Irrthum. Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.“: „Nach der obigen Erklärung des Stellvertreters des Polizeipräsidenten ist dem Vertreter der Staatsanwaltschaft, während er die Akten vor sich hatte, ein Irrthum widerfahren. Dieser Irrthum war nicht nur dazu angethan, Beunruhigung hervorzurufen, sondern er hat, wie die Erörterung der Angelegenheit in der deutschen Presse zeigt, thatsächlich Beunruhigung hervorgerufen. Wir denken, Staatsanwälte und Gerichte sollten hieraus die Lehre entnehmen, daß es nicht auf „groben Unfug“ zu beruhen braucht, wenn in der Presse einmal eine irrtümliche Mittheilung erfolgt, auch wenn dieselbe „beunruhigen“ könnte. Besser als in solchen Fällen Anklagen wegen groben Unfugs zu erheben, ist es, rasch die Verichtigung des Irrthums herbeizuführen.“

Bromberg, 28. August. Aus dem hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk ist eine große Anzahl von Maschinen,





